Handelsblatt

Meinung Artikel 2 von 2 auf Seite 13

GASTKOMMENTAR

Zerstörtes Vertrauen?

Claudia Major und Christian Mölling sehen die deutsche Verteidigungspolitik von der Krim-Krise bedroht.

Im Januar hielten der Bundespräsident, der Außenminister und die Verteidigungsministerin Reden auf der Münchner Sicherheitskonferenz, in denen sie die Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik propagierten. Verteidigungspolitik solle jetzt zwar nicht als zentraler, aber normaler Bestandteil des politischen Instrumentenkastens gedacht werden. Zurückhaltung dürfe nicht zum Raushalten werden, Gleichgültigkeit sei keine Option, mahnte die Verteidigungsministerin. Nicht zuletzt die Lehren des deutschen Libyen-Debakels ließen sie das heiße Eisen Verteidigungspolitik anfassen: Deutschland hatte sich 2011 mit der Abstimmung gegen seine westlichen Partner im Uno-Sicherheitsrat isoliert. Bis heute sehen die Partner in EU und Nato Berlin als unsicheren Kantonisten und zweifeln an der Belastbarkeit deutscher Vorschläge.

Die Einsätze in Mali und in der zentralafrikanischen Republik sind ein praktischer Anfang dieser neuen, belastbaren Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Mit der Krim-Krise droht er unter die Räder zu kommen. Während das Außenministerium die Fragen nach dem "Wie" und "Wozu" von Sicherheitspolitik erfolgreich beantwortete, entstand in der Verteidigungspolitik ein intellektuelles Vakuum. Hierein sickern nun altbekannte Argumentationsfiguren des Kalten Krieges.

Mittlerweile sind die alten ideologischen Gräben wieder ausgehoben zwischen den "Kriegstreibern", die den Verlust der deutschen Panzerwaffe beklagen und mehr Geld für Rüstung verlangen, und den Russlandverstehern, die sich sorgen, Moskau könnte sich provoziert fühlen, wenn die Verteidigungsministerin mit ein paar Flugzeugen Bündnistreue symbolisieren möchte.

Zwischen diesen rückwärts gewandten Optionen sollen Politik und Bevölkerung wählen. Das wird zusätzlich erschwert, weil mit der Krise auch die Berührungsängste der Bevölkerung mit eigenem und gegnerischem Militär wieder Konjunktur haben. Die Folgen dieser eingeschränkten Wahl werden Deutschland in die Zeit vor Libyen zurückkatapultieren. Bereits aufgebautes Verständnis zu Hause und mühsam gewonnenes internationales Vertrauen drohen zerstört zu werden.

Daran kann die Politik kein Interesse haben. Stattdessen sollte sie die Ukraine-Krise als Chance nutzen, die begonnene Diskussion über eine neue Verteidigungspolitik weiterzuführen. Denn sie wiederholt die verteidigungspolitischen Lehren von Libyen: Militärische Macht ist keine politische Lösung für Konflikte. Aber eine politische Lösung solcher Konflikte braucht militärische Macht - als strukturelle Voraussetzung, auf die politische Lösungen erst aufsetzen können. Die Wahrscheinlichkeit für erfolgreiche politische Verhandlungen mit jemandem, der gerade noch eine Region überfallen hat und der an der Grenze zu einem unabhängigen Staat 30 000 Soldaten aufmarschieren lässt, ist dann am höchsten, wenn klar ist, das es für ihn keine militärische Lösung gibt, die Nato-Staaten zu destabilisieren.

In Richtung der Partner ermöglicht die Rückversicherung in der Nato, dass Deutschland politische, diplomatische und wirtschaftliche Instrumente gemeinsam mit Partnern überhaupt einsetzen kann. So

ermöglicht Verteidigungspolitik jene gewaltfreie deutsche Außenpolitik, auf die sich bisher fast alle Bundestagsparteien beziehen.

Die Autoren sind Verteidigungsexperten der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Sie erreichen sie unter: **gastautor@handelsblatt.com**

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de